

Wintersemester 2022

Hochschulzeitung

Ausgabe 30



In dieser Ausgabe

Heißer Herbst statt kalte Hochschulen

A 13 für Grundschullehrkräfte

Zeit für mehr ... an Hochschulen

Studis  **GEW**
Hessen 

Studierende – organisiert euch!

Studieren und Mitglied der GEW, einer Gewerkschaft sein, klingt irgendwie abwegig? Für uns keineswegs. Die GEW bietet gewerkschaftlichen Rechtsschutz in studien- und prüfungsrelevanten Fragen. Es gibt für dich eine Schlüsselversicherung, Berufshaftpflicht und vor allem eins: Einen schlagkräftigen Interessenverband für alle, die einen pädagogischen Beruf oder eine wissenschaftliche Karriere anstreben. Bei uns hat das ehrenamtliche Engagement einen hohen Stellenwert. Wir sind demokratisch organisiert, ihr könnt aktiv mitbestimmen! Und das gefällt: Seit Jahren werden wir mehr. Um diesen Trend fortzusetzen und unsere Arbeit an den Hochschulen weiter zu verbessern, haben wir an den Hochschulen in Kassel, Fulda, Marburg, Gießen, Frankfurt und Darmstadt Kolleg:innen eingestellt, die mit euch gemeinsam Gewerkschaftspolitik machen! Also organisiert euch! Am besten gleich: Eintreten und mitgestalten.

Eure Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner vor Ort

Finn Gölitzer | Frankfurt

studierende-ffm@gew-hessen.de

Jenny Jörges | Gießen

studierende-jlu@gew-hessen.de

Cecilia Schweizer | Marburg

studierende-mr@gew-hessen.de

Etienne Fliegner | Kassel und Fulda

studierende-nordhessen@gew-hessen.de

Landesweite Koordination der Hochschularbeit

Tobias Cepok

Referent für Jugendbildung, Hochschule und Forschung

Tel. 069–971293 -26 | Mobil 0175–9337730

tcepok@gew-hessen.de

www.gew-hessen.de/bildung/hochschule-und-forschung



Energielockdown im Wintersemester?

Die Energiekrise und die Reaktion der hessischen Hochschulen

Von Etienne Fliegner

Das Wintersemester ist nach zwei schier ewig langen Corona-Wintern gestartet und auch dieser Winter hat für die Studierenden nicht die besten Voraussetzungen. Die Folgen der Coronapandemie und der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine haben eine europaweite Energiekrise ausgelöst, die sich vor allem in Deutschland in den kälteren Wintermonaten noch verschärfen könnte. Die fehlende Innovations- und Investitionsbereitschaft für eine ernsthafte Energiewende der letzten Jahrzehnte macht sich jetzt zusammen mit der massiven Abhängigkeit von russischem Gas bemerkbar. Aus diesem Grund werden bundesweit unterschiedliche Maßnahmen getroffen, die den drastischen Preisanstieg bei Gas und anderen Energieträgern eindämmen und einen möglichen Gasausfall abwenden sollen. Von diesen Maßnahmen sind bundesweit auch die Hochschulen betroffen.

Nachdem Anfang Oktober der Präsident der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, den Kultusministern bestätigte, dass Bildungseinrichtungen zu den geschützten Kunden zählen, soll nun hessenweit die Präsenzlehre sichergestellt werden. Die Präsidentin der Kultusministerkonferenz,

Karin Prien, betont: „Wenn Energie- und Gaspreisbremse nicht ausreichen, braucht es weitere Unterstützungsmaßnahmen durch den Bund. In den Hochschulen hat Lehre in Präsenz für uns oberste Priorität.“

Alles andere als die Sicherstellung der Präsenzlehre und der Öffnung von Lern- und Forschungsorten wäre eine erneute Verlagerung der Probleme auf die Schultern der Studierenden. Denn sollte es ein erneutes Online-Semester geben, müssten die Studierenden die erhöhten Energiekosten selbst tragen. Dies wäre für viele Studierende, die ohnehin schon häufig in prekären Finanzlagen stecken, unmöglich.

Doch auch, wenn es keinen Energielockdown geben sollte, haben die hessischen Hochschulen unterschiedliche Maßnahmen und Einschränkungen für das laufende Semester angekündigt. Vom Gesetzgeber vorgegeben ist eine bundesweite Reduzierung der Beheizung von öffentlichen Räumen auf 19° C. Außerdem sind alle hessischen Hochschulen aufgefordert, 20 Prozent Energie einzusparen. Während viele Hochschulen durch Energiesparmaßnahmen,

wie frühere Absenkung der Raumtemperatur am Abend und eingeschränkte Beleuchtung, ihre Ziele erreichen wollen, werden beispielsweise an der Hochschule in Fulda einzelne Gebäude früher geschlossen und haben teilweise an Wochenenden oder in den Weihnachtsferien gar nicht geöffnet. An der Justus-Liebig-Universität Gießen sollten die Öffnungszeiten der Zentralbibliothek eingeschränkt werden. Diese Maßnahme wurde nun auf Druck des AStAs zurückgenommen, allerdings wird es für Zweigbibliotheken trotzdem Einschränkungen geben. Die meisten Hochschulen sehen eine Verlängerung der Weihnachtspause vor. Gebäude sollen in der ersten Januarwoche geschlossen bleiben, Beschäftigte

sollen mobil arbeiten, Überstunden abbauen, eine Fortbildung machen oder Urlaub nehmen.

Von Seiten der Hochschulleitungen wird betont, dass sie trotz der Energiesparmaßnahmen ohne zusätzliche Unterstützung durch Land und Bund die steigenden Kosten nicht stemmen können.

Der Kanzler der Technischen Universität Darmstadt bezeichnete die Situation als dramatisch. Es drohe fast eine Verdoppelung der Heizkosten. Im Wintersemester wird ein weitaus größerer Anteil der Hochschuletats für Energie genutzt werden müssen.



Nicht auf den Schultern der Studierenden!

Die Position und Forderungen der GEW

Von Etienne Fliegner

Wir, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), beobachten das Geschehen rund um die Energiekrise und die Folgen für Studierende kritisch. Im Laufe der letzten Wochen haben wir Position bezogen und Forderungen gestellt, um die zunehmende Prekarisierung der Studierenden, aber auch der breiten Bevölkerung aufzuhalten.

Die GEW ist Mitträger des Bündnisses „Solidarischer Herbst“, das im Kern die Schaffung von sozialer Sicherheit und eine Beschleunigung der Energiewende fordert. Außerdem hat sich der Bundesausschuss der Studierenden der GEW mit der Kampagne „Genug ist genug!“ solidarisiert. Die ohnehin kritische Situation der Studierenden, entstanden durch die Vernachlässigung einer gerechten und nachhaltigen Hochschulpolitik, wird nun durch die steigenden Energiepreise verstärkt. Die Forderungen umfassen:

- Energetische Sanierung der Gebäude
 - Neuorganisation beim Wohngeld
 - Ausfinanzierung der Studierendenwerke
 - Abkehr von der Schuldenbremse
 - Umverteilung und mehr Bildungsinvestitionen
 - mehr Mitbestimmung, demokratisches Wirtschaften und einen sozialen, aber konsequenten Klimaschutz
- Finanzielle Hilfen für in Not geratene Studierende
 - BAföG erhöhen und öffnen
 - Elternunabhängiges Studienhonorar einführen
 - Energielockdown abwenden
 - Hochschulen und Bibliotheken offenhalten

Schon im September begrüßte Andreas Keller, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands und Leiter des Vorstandsbezirks Hochschule und Forschung der GEW, dass sich die Kultusministerkonferenz für ein Offenhalten der Hochschulen ausspricht. Keller betonte aber auch: „Die GEW fordert daher Bund und Länder auf, dass sie die Finanzierung der Hochschulen um einen Energiezuschlag erhöhen. [...] Darüber hinaus sollten Bund und Länder durch Wiedereinführung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau den Sanierungsstau in den Hochschulbauten in Höhe von 50 Milliarden auflösen und verstärkt Investitionen für mehr Energieeffizienz fördern.“

Dr. Simone Claar, stellvertretende Vorsitzende der GEW Hessen, stellt heraus, dass die Hochschulhaushalte nicht über den finanziellen Spielraum verfügen,



Foto: Hannah Hoeft

um die Zusatzbelastung zu bewältigen. „Wir fordern das Land auf, seiner Pflicht nachzukommen, die gestiegenen Kosten auszugleichen, damit die Hochschulen nicht in der Lehre und der Forschung streichen müssen!“, so Claar.

Es muss selbstverständlich werden, dass die Kosten für die Krise nicht diejenigen tragen, die am härtesten von ihr getroffen werden, sondern diejenigen, die von ihr profitieren! Wir werden uns

auch im kommenden Semester für die Rechte, Ansprüche und Bedürfnisse der Studierenden sowie Beschäftigte einsetzen!

Du interessierst dich, was an deiner Hochschule passiert, möchtest dich einbringen oder bist direkt betroffen? Dann setze dich jetzt mit den Studierendenvertreter:innen an deiner Hochschule in Verbindung.

Meinung

Nicht mit uns!

Von Cecilia Schweizer

Die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi hat die entscheidende Frage ganz richtig formuliert, die jetzt gerade in der Krise, angesichts von Rekordinflation und Krieg, beantwortet werden muss: „Einer wird bezahlen müssen“, sagte sie, „entweder zahlen Reiche mehr oder der Staat nimmt neue Schulden auf oder der Durchschnittsbürger zahlt und wird ärmer.“

Bundeskanzler Olaf Scholz hat die von Fahimi gestellte Frage konsequent beantwortet: „Wir werden als Land nur dann gut durch die Krise kommen, wenn wir den Gürtel enger schnallen, denn wir sitzen in einem Boot und werden uns gemeinsam auf Lösungen einigen. Wichtig ist mir die Botschaft: Wir stehen zusammen und wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger gut durch diese Zeit kommen.“

Das lässt aufhorchen: Eine Politik im Sinne eines „Wir“, eine Politik im Sinne „aller Bürgerinnen und Bürger“, eine Politik, die also irgendwie allen zugutekommen würde, Jungen wie Alten, Armen wie Reichen, wurde uns auch während der Corona-Pandemie schon versprochen – gehalten wurde dieses Versprechen aber nicht. Fahimi bilanziert richtigerweise: „Die Milliardäre in Deutschland haben in der Coronapandemie ihren Besitz mal eben

um knapp 100 Milliarden Euro gesteigert. Das ist Sprengstoff für den sozialen Zusammenhalt.“

Und auch heute gibt es keinen Grund zur Annahme, dass die Quandt-Erben, die Jahr für Jahr etwa eine Milliarde Euro Dividende allein bei BMW kassieren, dauerhafte Reduzierungen in Kauf nehmen müssen. Gleiches gilt für die zehn Milliardenfamilien, denen etwa zwei Drittel der bundesdeutschen Medien gehören, und für alle anderen Superreichen. Die Reichen werden auch für diese Krise nicht zur Kasse gebeten. Und wenn es nach Finanzminister Christian Lindner geht, wird es keine neue Staatsverschuldung geben, nur schwarze Null und Sparkurs.

Bleibt also nur die dritte von Fahimi angesprochene Option: Die „Durchschnittsbürger:innen“ werden zahlen müssen. Die ärmere Hälfte der Bevölkerung – und wir Studierende gehören mit unserem verfassungswidrig niedrigen Bafög dazu – kann sich schon längst keine guten Lebensmittel und keinen Urlaub mehr leisten. Jetzt heißt es, wir müssen demnächst auch bei Warmwasser und Heizung sparen, am besten auch in der Uni. Sprengstoff ist das allemal. Und noch brisanter wird es erst recht, wenn wir uns bewusst machen,

das es konkrete Personen gibt, die von dieser Politik profitieren. Und, wenn wir weitersagen, dass es möglich ist, sich gegen diese Leute zu wehren. Parolen wie „Wir sitzen alle in einem Boot“ und „Politik im Sinne aller Bürger:innen“ dienen natürlich dazu, das Aufkommen eines solchen Bewusstseins zu verhindern, aber ein zweites Mal sollten wir uns nicht täuschen lassen. Andere Personen benennen ihre Interessen auch viel offener als beispielsweise Scholz: Rainer Dulger etwa, Präsident der Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände (BDA), drohte im SPIEGEL: „Vielleicht braucht man einen nationalen Notstand, der auch Streikrecht bricht.“

Die GEW und ver.di haben sich bundesweit mit Attac, dem paritätischen Wohlfahrtsverband und Umweltorganisationen zusammengetan und in sechs Städten zu Demonstrationen zum solidarischen Herbst aufgerufen. Während sich der DGB bundesweit enthielt, konnten wir

den DGB in Hessen von einer Beteiligung überzeugen. Mit beachtlichem Ergebnis: Allgemein wurde die Beteiligung in Frankfurt als Erfolg gewertet, während in anderen Städten, vor allem Berlin, die Beteiligung leider hinter den Erwartungen zurückblieb. Um aber eine tatsächliche Änderung der Politik zu erreichen, die Umverteilung, Abfederung der Krisenauswirkungen und ein konsequentes Vorantreiben der Energiewende ernst nimmt, bedarf es weiterer, noch stärkerer Proteste.

Und das kann aus Sicht aller Durchschnittsbürger:innen, also aller Werktätigen, Schüler:innen, Azubis, Student:innen, Arbeitslosen und Rentner:innen auch die einzig richtige Antwort gegen den Sparkurs der Bundesregierung sein: Wir müssen uns wehren! Genug ist genug! Nicht mit uns – wir frieren nicht für Profit!

Foto: Hanna Hoefl, DGB



Wie weiter mit der Hochschulfinanzierung in Hessen?

Ein Rückblick auf eine Debatte

Von Henning Tauche

„Wie soll es in den nächsten Jahren mit der Hochschulfinanzierung in Hessen weitergehen?“ Unter dieser Frage fand am 27. September 2022 eine Podiumsdiskussion am Campus Westend der Goethe-Universität Frankfurt unter Federführung des Promovierendenkonvents statt. Geladen waren die hessische Fraktionsvorsitzende der Partei DIE LINKE und Sprecherin für Jugend, Schule und Bildung, Elisabeth Kula, der stellvertretende hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Gernot Grumbach, sowie der bildungspolitische Sprecher der hessischen Grünen, Daniel May. Zudem nahmen Sandro Philippi vom freien Zusammenschluss von Student:innenschaften (fzs) e.V. und Kai Eicker-Wolf, finanzpolitischer Referent der GEW Hessen, teil.

In einer ersten Runde wurden die Grundlagen der Hochschulfinanzierung dargelegt: Den weitaus größten Teil der Finanzierung übernehmen die Länder als Träger der Hochschulen, wobei in den letzten Jahren immer mehr Gelder direkt oder indirekt – etwa durch den „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ – vom Bund zur Verfügung gestellt werden. Das wichtigste Instrument im Hochschulfinanzierungssystem ist der Hochschulpakt der Länder. Dieser Vertrag wird in regelmäßi-

gen Abständen neu verhandelt und sichert den Hochschulen gewisse Mittel zu. Konkretisiert wird der Hochschulpakt durch individuelle Zielvereinbarungen mit den einzelnen Hochschulen. Der hessische Hochschulpakt, der von 2021 bis 2025 läuft, stellt insgesamt 11,2 Milliarden Euro bereit – dabei steigen die pro Jahr bereitgestellten Mittel jeweils um 4 Prozent. Dies stellt, wie Daniel May von der Landtagsfraktion Bündnis 90/die Grünen betonte, eine deutliche Investitionssteigerung im Vergleich zu den Vorjahren da. Als wesentliche Ziele des derzeitigen Hochschulpakts seien die Verbesserung der Betreuungsrelation sowie der Arbeitsbedingungen für wissenschaftliche Mitarbeitende ins Zentrum gerückt worden: So sollen etwa 300 neue W-Professuren geschaffen und Beschäftigte, die Daueraufgaben ausüben, auch unbefristet angestellt werden.

Zwar seien die Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen und die Schaffung neuer Professuren wichtige Zielperspektiven, „leider müssen wir nur feststellen, dass sich da bisher wenig getan hat“, warf Elisabeth Kula (DIE LINKE) ein. Die Instrumente, die die Landesregierung einsetze, seien nicht geeignet, die Ziele des Hochschulpakts umzusetzen. „Insbesondere die Zielvereinbarungen bleiben häufig hinter

dem zurück, was im Hochschulpakt steht. Auch der ‚Kodex für gute Arbeit‘ hat es nicht in die Zielvereinbarungen geschafft und ist damit nicht bindend.“ Auch bezüglich der Erhöhung von Dauerstellen artikulierte die Opposition Kritik. Selbst bei volatiler Finanzierung könnten mehr Dauerstellen geschaffen werden. Dafür fehle aber der politische Wille, warf Gernot Grumbach von der SPD-Fraktion ein.

Kai Eicker-Wolf problematisierte den Hochschulpakt vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftspolitischen Situation. Die Energiekrise verändere die ökonomischen Rahmenbedingungen und damit die Grundlage der Hochschulfinanzierung. Sei eine jährliche Steigerung von 4 Prozent im Hochschulpakt bei einer Inflationsrate von unter 2 Prozent noch zu begrüßen gewesen, stünden die Hochschulen bei einer Inflation von über 8 Prozent jedoch vor Realverlusten. Dabei sei die Einnahmenlage des Landes und der Kommunen zumindest aktuell nicht schlecht. „Wir haben inzwischen Hochschulen, die angesichts der gestiegenen Energiekosten sagen, dass sie ohne finanzielle Hilfen wieder in die Online-Lehre wechseln müssen. Hier muss die Landesregierung handeln.“

Diese Entwicklungen seien 2020 jedoch nicht absehbar gewesen, merkte May

an. „Auf Landesebene könnte ich mir etwa eine Stärkung der Finanzierung von Studierendenwerken vorstellen.“ Außerdem sähe er die Krisenbewältigung als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern an.

„Aber das Mindeste, was wir erreichen müssen, ist doch, dass die Steigerung im Hochschulpakt nicht unter die Inflationsgrenze fällt“, erwiderte Grumbach. Kula betonte zudem, dass gerade die Bildungseinrichtungen – von der Kita bis zu den Hochschulen – besonders stark unter Corona gelitten hätten. „Ich wünsche mir daher ein klares Bekenntnis der Landesregierung, die Hochschulen so auszustatten, dass sie ohne große Einschränkungen durch den Winter kommen.“

Es bringe im Übrigen nichts, immer nur auf den Bund zu zeigen. Auch die Länder könnten und müssten aktiv werden, warf Sandro Philippi (fzs) ein. Es sei auch zu befürchten, dass viele Studierende aufgrund der hohen Kostensteigerungen gezwungen seien, ihr Studium abzubrechen. Immerhin läge die Armutsrate von Studierenden bei 30 Prozent, was bereits eine geschönte Zahl sei. „Schaut man sich die Studierenden an, die ökonomisch selbstständig für sich sorgen, liegt die Armutsquote bei etwa 80 Prozent.“



Foto: www.canva.com

Wie stark die Studierenden auch sonst unter der chronischen Unterfinanzierung der Hochschulen leiden, wusste Philippi zu berichten: Von überfüllten Hörsälen und Bibliotheken über lange Korrekturzeiten bis hin zu maroden Gebäuden. „Verantwortlich dafür sind vor allem das neoliberale Hochschulmanagement und die mangelnde Grundfinanzierung.“ Obwohl die Studierendenzahlen in den letzten Jahrzehnten weiter gestiegen sind, seien die Ausgaben für die Lehre konstant gesunken. „Das liegt auch daran, dass die leistungsabhängige Finanzierung – etwa über Drittmittel – auf Forschungsförderung zugeschnitten ist“, ergänzte Philippi.

Insbesondere die hohe Drittmittelabhängigkeit, die sich zwischen 1995 und 2015 verdreifacht habe, werde durch die Studierendenvertretungen kritisiert, wobei der größte Teil der Drittmittel aus der öffentlichen Hand komme. Problematisch an dieser Drittmittelabhängigkeit sei zum einen, dass Forschung und Lehre durch die Interessen der Drittmittelgeber:innen bestimmt würden und dass die drittmittelabhängige Finanzierung einer langfristigen Planungssicherheit entgegenstehe. Zudem komme es durch dieses Finanzierungsmodell zunehmend zu einer Kumulation von

Geldern an wenigen Standorten. „Gerade auch die komplizierten Beantragungsverfahren und der hohe Aufwand für ständig neue Einwerbung von Geldern bindet viele Ressourcen“, ergänzt Grumbach. Elisabeth Kula sieht durch die Vermarktlichung der Hochschulen außerdem den Bestand von kritischen Wissenschaften in Gefahr, die eben nicht auf wirtschaftliche Verwertbarkeit ausgerichtet seien und jenseits des wissenschaftlichen Mainstreams lägen.

Alleingänge könnte man sich dabei aber nicht leisten, erwiderte May. „In dem Moment, wenn verschiedene Länder um Bundesfördermittel konkurrieren, muss man darauf eine Antwort haben, sonst steht man am Ende schlecht da.“ Obwohl in der Runde die Mängelfinanzierung der Hochschulen erkannt wird, bleiben die Folgerungen daraus sehr unterschiedlich. Während Kai Eicker-Wolf (GEW) deutlich mehr Grundmittel und Entfristungen forderte, was ohne ein Aussetzen der Schuldenbremse und eine progressive Steuerpolitik nicht ginge, plädierte Daniel May dafür, die bisherige Linie der Landesregierung fortzuführen. „Die Lösung ist für uns nicht die völlige Abkehr von dem Finanzierungssystem, wie wir es haben, sondern eher eine Weiterentwicklung.“

Gernot Grumbach sprach sich für eine Erhöhung der Grundfinanzierung auf 90 Prozent aus. Insbesondere aber sollten die aufwendigen und langwierigen Beantragungs- und Einwerbeverfahren abgeschafft werden. „Dann würden auf einmal deutlich mehr Personen für Forschung und Lehre zur Verfügung stehen“, betonte er.

„Wir haben eine grundsätzlich andere Meinung, wie Hochschulfinanzierung organisiert werden sollte“, postulierte Elisabeth Kula und forderte, den wettbewerbsbasierten Vergabemechanismen den Rücken zu kehren und stattdessen auf Hochschulebene in demokratischen Abstimmungsprozessen über die Mittelvergabe zu entscheiden. Gleichzeitig müssten aber auch jetzt akute Hilfen für Hochschulen, Studierendenwerke und Studierende bereitgestellt werden.

Dem schloss sich Sandro Philippi an: Mehr Grundfinanzierung, bessere Planbarkeit und weniger leistungsorientierte Mittelvergabe seien auch seine Forderungen an die Wissenschaftspolitik. Dabei solle man jedoch nicht vergessen, dass dies nicht ohne eine Umverteilung von Vermögen in dieser Gesellschaft gehe. Und auch die Schuldenbremse sah er kritisch: „Unser Eindruck ist, dass die

Schuldenbremse tendenziell zum Abbau sozialer Infrastruktur führt. Nachfolgende Generationen werden dann nicht bloß mit einem schlechteren Schienennetz und maroderen Brücken auskommen müssen, sondern auch mit kaputtgesparten Schulen und Hochschulen. Das halten wir mit Blick auf die Generationengerechtigkeit für höchst problematisch.“

Der aktuell gültige Hochschulpakt läuft 2025 aus. Das Land und die Hochschulen werden zeitnah nach den Landtagswahlen 2023 mit den Neuverhandlungen beginnen. Diese werden – bei sich abzeichnenden hohen Preissteigerungen – unter anderen Vorzeichen stattfinden als noch vor fünf Jahren. Wie der neue Hochschulpakt aussehen wird, hängt zwar im Wesentlichen von der Zusammensetzung der kommenden Landesregierung ab. Entscheidend wird aber auch sein, inwieweit es Gewerkschaften und Studierendenvertretungen gelingt, auf die Missstände an Hochschulen und die strukturellen Probleme der Hochschulfinanzierung aufmerksam zu machen.



GEW fordert: A 13 für alle Grundschullehrkräfte!

Von Jenny Jörges

Die Besoldung der Beamtinnen und Beamten wird per Gesetz im jeweiligen Bundesland geregelt. Nicht nur in Hessen war die Aufteilung lange so, dass Lehrkräfte weiterführender Schulen nach der Besoldungsgruppe A 13 – teilweise mit Zulagen – bezahlt wurden, jedoch die Grundschullehrkräfte nur A 12 erhielten. Begründet wurde dies lange mit der kürzeren Studiendauer und mit einer angeblich anderen Art und einem anderen Inhalt der Tätigkeit, die weniger gewichtet wurde als eben eine Tätigkeit an weiterführenden Schulen. Die Anforderungen und auch im Detail die Tätigkeiten sind mit jüngeren Kindern selbstverständlich

andere, jedoch kann die pädagogische Tätigkeit als gleichwertig bewertet werden. Dies gilt sowohl für die geistigen Anforderungen als auch für die zu tragende Verantwortung, aber auch für die psychosozialen und physischen Anforderungen von Lehrtätigkeiten. In einer Studie der GEW (von Andrea Jochmann-Döll und Karin Tondorf) wurden diese Tätigkeiten der Primärstufe und Sekundarstufe II verglichen. Die Anforderungs- und Bewertungsanalyse zeigen keine nennenswerten Unterschiede im Niveau der intellektuellen Anforderungen bei den untersuchten Lehrtätigkeiten. Unterschiede zeigten sich jedoch hinsichtlich der psycho-sozialen



Belastung, denn Lehrtätigkeiten an der Grundschule erfordern höhere Anforderungen durch eine erschwerte Interaktion und persönliche und unmittelbare Konfrontation mit Problemen von Kindern und ihren Familien. Auch die Verantwortung ist hier höher zu bewerten.

Die in Hessen geltende Differenz in der Besoldung entspricht Brutto einem Unterschied von 600 Euro. Diese diskriminierende Ungleichbehandlung kritisiert die GEW Hessen seit vielen Jahren. Regelmäßig begehen aktive GEW-schaf-ter:innen den ersten Tag der unbezahlten Arbeit, ab diesem Moment arbeiten

Grundschullehrkräfte rechnerisch im Vergleich zu ihren Kolleginnen und Kollegen an anderen Schulformen den Rest des Jahres umsonst.

Nicht vor dem Hintergrund gestiegener Anforderungen an die Grundschulen – Heterogenität der Schülerschaft, Ganztagsangebote, Inklusion – ist Bewegung in die Debatte gekommen. Einige Bundesländer haben die Studiendauer auf zehn Semester erhöht und sind auch aufgrund eines massiven Lehrkräftemangels in eine höhere Besoldung eingestiegen. Auch die GEW sieht den Einstieg in eine Aufwertung der Besoldung von Grund-

schullehrkräften in Hessen dringend geboten. Am 12. November 2022 hat sie mit einer Demonstration von rund 2.000 Grundschullehrkräften in Frankfurt auf ihre Forderung aufmerksam gemacht.

Hessen liegt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt, denn sechs Länder haben die Besoldung schon angepasst und drei weitere, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bayern planen dies (siehe nebenstehende Grafik). Darüber hinaus hat Hessen die höchste Pflichtenstundenzahl aller Bundesländer.

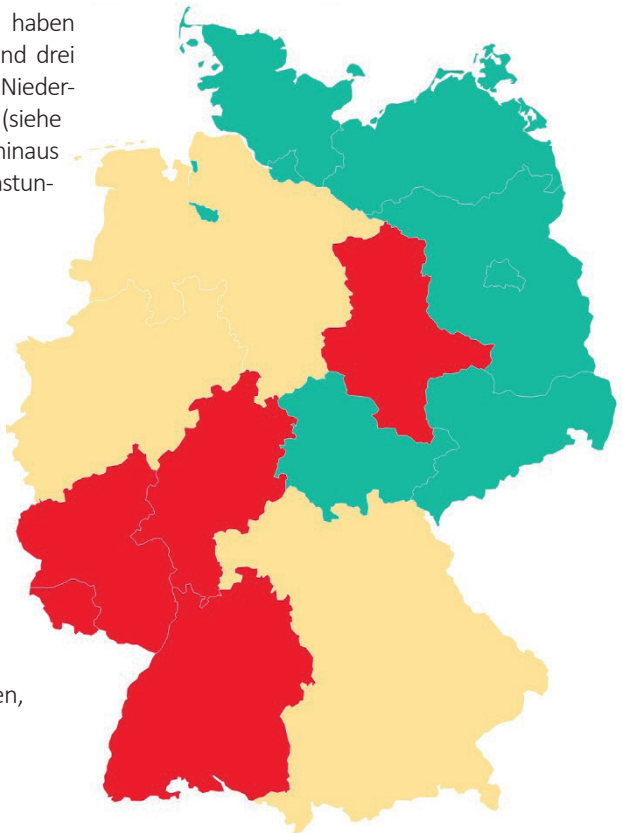
Daher gilt gleiches Geld für gleichwertige Arbeit!

Grundschullehrkräfte verdienen mehr, denn

- ... sie setzen Inklusion um,
- ... sie helfen Kindern, die Welt zu verstehen,
- ... sie haben eine lange wissenschaftliche Ausbildung,
- ... sie arbeiten kindbezogen und theoretisch fundiert,
- ... sie bilden Persönlichkeiten,
- ... sie wecken die Freude am Lernen,
- ... sie stoßen pädagogische Reformen an.

Denn: Alles beginnt mit guter Bildung!

Okay, bis hierhin könnte man zu dem Schluss kommen, dass die Besoldung gerechtfertigt ist, aber warum sollte die GEW dann für Gleichberechtigung auf



■ A 13 ist umgesetzt. ■ A 13 ist teilweise umgesetzt. ■ Es gilt nach wie vor A 12.

die Straße gehen und wieso geht es dabei um mittelbare Diskriminierung von Frauen? Ganz einfach: Weil rund 90 Prozent der Lehrkräfte an Grundschulen Frauen sind. International hinken wir laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ebenso in der gleichwertigen Bezahlung hinterher. In einem Beruf, der vornehmlich weiblich besetzt ist, bedeutet dies mittelbare Diskriminierung von Frauen.

Aber nicht überall ist es üblich, dass Grundschullehrkräfte weniger verdienen. Zum Beispiel in England, Griechenland, Kolumbien, Polen, Portugal und Schottland erhalten Lehrkräfte unabhängig von Bildungsbereich dasselbe Gehalt. Jedoch gilt immer noch, dass in pädagogischen Berufen, in denen mehrheitlich Frauen arbeiten, im OECD-Schnitt geringere Einkommen gezahlt werden als in anderen akademischen Berufsgruppen. Somit ist eure feministische Seite gefragt, denn es geht um Gleichberechtigung.

An hessischen Grundschulen steigt der Mangel an Grundschul- und Förderschullehrkräften. Das hessische Kultusministerium kündigte dazu Weiterbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte anderer Lehrämter an, die aus Sicht der GEW zunehmend ins Leere laufen.

Es wurden seither vermehrt sogenannte TV-H-Kräfte eingestellt, die befristet beschäftigt werden und nicht immer über eine abgeschlossene Ausbildung verfügen, z. B. Lehramtsstudierende. Seit Frühjahr 2020 erhalten Gymnasiallehrkräfte über Abordnung an Grundschulen dann eine bevorzugte Einstellung in den Hessischen Schuldienst, wenn sie sich bereit erklären, für vier Jahre in einer Grundschule in Teilzeitanteilen zu arbeiten. Es muss also verhindert werden, dass junge Lehrkräfte abwandern.

Dies und die Einführung von A 13 in anderen Bundesländern setzt die Landesregierung weiter unter Druck. Nächstes Jahr sind Landtagswahlen, mit der Demonstration in Frankfurt hat die GEW Hessen ein starkes Zeichen gesetzt.

Thilo Hartmann, Vorsitzender der GEW Hessen, auf der Demonstration dazu: „Die heute anwesenden Politikerinnen und Politiker haben allesamt – durchaus bei Unterschieden im Detail – bekundet, dass sie für eine Gleichstellung der Grundschullehrkräfte sind. Nur die CDU ist leider unserer Einladung nicht gefolgt. Inzwischen zahlen die meisten Bundesländer A 13 auch an Grundschulen. Hessen muss sich endlich bewegen!“

Lehrbeauftragte Ausufernde Selbstständigkeit an hessischen Hochschulen?

Von Tobias Cepok

„Zur Ergänzung des Lehrangebots können Lehraufträge erteilt werden.“ So bestimmt es das hessische Hochschulgesetz. Die Idee ist, dass für ein Honorar berufliche Expertise in die Hochschullehre eingebunden wird. Architekten, Apotheker und andere Fachpraktiker:innen sollen ihr Wissen an Studierende weitergeben. Je nach Fach und Hochschule hat sich der Einsatz von Lehrbeauftragten sehr unterschiedlich entwickelt, nicht immer zum Vorteil von Studierenden und Lehrenden. So legen die Ergebnisse einer kleinen Landtagsanfrage der SPD und die Beobachtungen der GEW Hessen nahe, dass mit dem Einsatz von Lehrbeauftragten Geld gespart und Menschen ihren Unterhalt zu Nettoentgelten weit unter dem Mindestlohn bestreiten. Zusätzlich gibt es die so genannte Titellehre, das heißt um den Titel des Privatdozenten oder der Privatdozentin (PD) führen zu dürfen, müssen diese unentgeltlich lehren.

Für die GEW ist das eine Praxis, die beendet werden muss! Außerdem warnt die GEW Hessen seit Jahren davor, dass auch Promovierende sich in Einzelfällen mit Lehraufträgen finanzieren müssen. Gespart wird an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen. Die Hochschulen sind frei im Festlegen der Stundensätze, so schwankt das Hono-

rar zwischen 25 Euro (am häufigsten) und 55 Euro je real gehaltene Stunde. Bis auf Ausnahmen wird die Vor- und Nachbereitung der Veranstaltungen nicht zusätzlich vergütet, bei oft 60 Studierenden je Seminar berichten viele Lehrbeauftragte, dass keine Zeit ist für individuelle Benotungen, Rückmeldungen, Sprechstunden oder Prüfungen. Wenn, dann nur zum Preis des Nettolohnverlustes und immer unter Zeitdruck zu Ungunsten der Studierenden. Als Selbstständige an Hochschulen müssen sich PD selbst krankenversichern, es gilt nicht die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und sie müssen Einkommenssteuer abführen. An mehreren Hochschulen müssen Kopierkosten selbst getragen werden. Ihr Honorar bekommen die PD erst am Ende der Vorlesungszeit, sie arbeiten erst einmal vier Monate in Erwartung einer Bezahlung. Am Ende bleiben rechnerisch oft 10 Euro oder weniger pro Stunde übrig. Viele Lehrbeauftragte bringen zwar eine sehr hohe intrinsische Motivation für die Lehre mit, jedoch besteht unter den gegenwärtigen Bedingungen die Gefahr von Qualitätsverlusten für das Studium. Die letzten umfangreicheren Erhöhungen der Lehrbeauftragtensätze stammen aus dem Jahr 2008, hier sieht die GEW Hessen, nicht nur vor dem Hintergrund der Inflation, dringenden

Handlungsbedarf. Immerhin wurden an fast allen Hochschulen in den letzten zwei Jahren wohnortabhängige Fahrtkostenpauschalen eingeführt.

Besonders pikant sind einige Antworten auf eine Landtagsanfrage der SPD aus diesem Sommer: Keineswegs sind Lehraufträge nur Ergänzungen, sondern die Lehre wäre ohne die günstigen Selbstständigen nicht durchzuführen. So ergeben sich Spitzenwerte bei einzelnen Hochschulen, wie der Frankfurt University of Applied Science, bei der insgesamt 42 Prozent der Lehre – im Fachbereich soziale Arbeit nach Angaben der GEW sogar bis zu 75 Prozent – von Lehrbeauftragten bestritten wird. Der Verweis der Hochschulleitung „besonders praxisnah“ auszubilden, hält bei näherer Betrachtung, gerade im Vergleich zu anderen Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, wie der Hochschule Darmstadt, nicht stand. Dort wird immerhin „nur“ 25 Prozent der Lehre von Lehrbeauftragten erbracht. Aber auch beim curricularen Stellenwert der Lehre wird die Landtagsauskunft deutlich. Beispielfhaft gehören 96 Prozent der Lehraufträge an der Technischen Hochschule Mittelhessen, 90,3 Prozent an der Hochschule Rhein-Main und 99 Prozent an der Hochschule Fulda zum Pflichtprogramm und sind keine reine Ergän-

zung. An den Universitäten liegen die Werte teils deutlich darunter, aber auch hier sind je nach Fach viele Lehrbeauftragte fest in das grundständige Studium eingeplant. In der Corona-Pandemie wurden sehr viele Lehrbeauftragte nicht mehr angefragt, mittlerweile ist mit fast 5.000 Lehrbeauftragten in Hessen wieder das Niveau vor der Pandemie erreicht. Die GEW Hessen befürchtet, dass unter dem hohen Kostendruck wieder vermehrt Lehraufträge eingesetzt werden. Im Kodex für gute Arbeit haben sich die Hochschulen unter anderem darauf verpflichtet, Vor- und Nachbereitungszeiten zu vergüten und die Stundensätze „in Anlehnung an die Stundensätze für wissenschaftlich Beschäftigte“ zu regeln. Dies hieße im Falle von einer Stunde analog zu E 13 satte 104,23 Euro brutto. Aus Sicht der GEW Hessen sollten die Hochschulen sich schrittweise in diese Richtung bewegen, mit gutem Beispiel voran geht die Hochschule für Gestaltung in Offenbach, dort hob die Hochschulleitung jüngst die Stundensätze um das Doppelte auf 50 bis 60 Euro an. In der Vergangenheit sorgte vor allem der Druck von Initiativen aus Lehrbeauftragten für Verbesserungen. Die GEW Hessen steht bereit, erneute Anläufe dieser Art mit Nachdruck zu unterstützen.



Es ist Zeit
für mehr ...
... **an den**
Hochschulen

Von Dr. Simone Claar

„Denn zu wenig Zeit zu haben ist kein individuelles Problem, sondern es ist gesellschaftlich erzeugt“, schreibt Teresa Bücker im Vorwort in ihrem gerade erschienenen Buch „Alle_Zeit“. Die Ausführungen in dem Buch zeigen, dass auch wir als Gewerkschaft neue Antworten auf die Frage von Zeit benötigen. Denn wir erleben in vielen Arbeitskontexten von Bildungseinrichtungen, dass die Arbeitsaufgaben zunehmen, aber die Zeitkapazitäten nicht mehr werden. Diverse Studien, auch die Frankfurter Studie der GEW zu Arbeitszeit und Arbeitsbelastung der Lehrkräfte in Frankfurter Schulen, zeigen, dass die meisten Kolleginnen und Kollegen in Bildungseinrichtungen mehr als die 40 oder 41 Stunden pro Woche in Vollzeit arbeiten, aber auch gerade in Teilzeit ohne Ausgleich oder Vergütung der Mehrarbeit.

Wenn wir über Arbeitszeit sprechen, müssen wir auch über die Frage des Wertes der Reproduktionsarbeit in der Gesellschaft sprechen. Das bleibt oft aus oder wird vor allem von Frauen* gefordert. Die GEW hat auf Bundesebene ein Papier zur feministischen Zeitpolitik beschlossen, das aufzeigt, wie wir Arbeits- und Sorgearbeit auch gewerkschaftspolitisch anders gestalten können.

Auf der Landesdelegiertenversammlung der GEW Hessen im Oktober 2022 haben wir einen Beschluss gefasst, uns in allen Bildungseinrichtungen gemein-

sam mit Euch für mehr Zeit einzusetzen. Zeit kostet Geld! Die Ursache der aktuellen Situation findet sich vor allem in der Ideologie des schlanken Staates und im Unwillen, Bildung finanzpolitisch zu priorisieren.

Wissenschaft im Dauerwettbewerb und die unternehmerische Hochschule führen bei den Beschäftigten an den Hochschulen zu Dauerbefristung, Arbeitsverdichtung, Zwangsteilzeit, Drittmittelwahn und der Unvereinbarkeit mit Fürsorge, um nur ein paar Aspekte zu benennen. Durch Einsparungen und fehlende Ressourcen wird die individuelle Arbeitslast immer höher und die Arbeitsbedingungen verschlechtern sich stetig. In der Arbeitsrealität bedeutet dies, dass die Kolleginnen und Kollegen keine ausreichende Zeit für ihre Aufgaben haben, keine Zeit für Urlaub ohne Arbeit, keine Zeit für Kranksein und keine Zeit für die Vereinbarkeit mit Carearbeit. Viele wissenschaftliche Beschäftigte sind Dauerstress und Dauerbelastung sowie beruflicher Unsicherheit ausgesetzt, was sich langfristig auf ihre Gesundheit auswirkt, auf die Qualität von Forschung und Lehre und auf Kreativität und Innovationskraft.

Unsere GEWerschaftliche Antwort darauf heißt: „Zeit für mehr Zeit“. In den hessischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen werden wir uns in den nächsten Monaten in der Kampagne auf drei Kernaspekte konzentrieren.

Es ist Zeit für gute Lehre

Runter mit der Lehrverpflichtung!
Es ist Zeit für mehr Mitbestimmung!
Es ist Zeit für eine Entfristungs-offensive!

Runter mit der Lehrverpflichtung

Die Antwort des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst (HMWK) auf eine Anfrage der SPD-Landtagsabgeordneten Dr. Daniela Sommer zur Lehrverpflichtungsverordnung vom Mai 2022 hat mit der Wirklichkeit wenig zu tun: „Vor diesem Hintergrund wird davon ausgegangen, dass das Lehrdeputat der Lehrkräfte für besondere Aufgaben auch die Wahrnehmung der sonstigen dienstlichen Aufgaben innerhalb der tariflichen Arbeitszeit ermöglicht.“ (DS 20/8440 und DS 20/8441)

Die Antwort legt die Annahme zugrunde, dass Lehrkräfte für besondere Aufgaben (LfBA) sich weder wissenschaftlich noch in der Selbstverwaltung betätigen. Das spiegelt aber nicht die Arbeitsrealitäten an den Hochschulen wider. Die derzeitige Lehrverpflichtung für LfBA von 18 Wochenstunden an Universitäten bzw. 24 an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW) führt dazu, dass sie den Anforderungen an eine gute Qualität von Lehre und Studium nicht mehr gerecht werden können.

Ähnlich geht es auch den Professor:innen an den HAW, deren Aufgaben und Zuständigkeiten seit der Festsetzung ihrer Deputate vor mehreren Dekaden deutlich zugenommen haben. Während sich das Aufgabenspektrum an den hessischen Hochschulen durch mehr Verwaltungsaufgaben, einen höheren Zeitbedarf für Forschung und vieles mehr stetig erweitert hat, ist das Lehrdeputat nicht angepasst worden. Es ist kaum möglich, die Lehrverpflichtung mit der erforderlichen Vor- und Nachbereitung und die weiteren Dienstaufgaben in der wöchentlichen Arbeitszeit von 40 bzw. 41 Stunden zu erfüllen.

„Zeit für mehr Zeit“ bedeutet eine Reduzierung der Lehrverpflichtung für gute Lehre und Arbeitsbedingungen, insbesondere für Lehrkräfte für besondere Aufgaben an hessischen Hochschulen und Professor:innen an den HAW. Auch die weiteren Dienstpflichten müssen auf das Lehrdeputat unabhängig von Stellenkategorie und Hochschultyp angerechnet werden. Ziel ist dabei perspektivisch nicht nur die Gleichstellung von Lehrenden an Universitäten, HAW und Kunst- und Musikhochschulen herzustellen, sondern auch gemeinsam die Hochschulleitungen und das HMWK von dem Ziel „Mehr Zeit für gute Lehre“ zu überzeugen.

Zeit für mehr Mitbestimmung

In diesen Tagen finden im Landtag die Anhörungen und ersten Beratungen eines Entwurfs der schwarz-grünen Landesregierung zur Überarbeitung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes (HPVG) statt. Wie in der HLZ 11/2022 berichtet, ist der vorliegende Entwurf eine einzige Enttäuschung, denn notwendige Verbesserungen für die Personalratsarbeit sind nicht im Gesetzentwurf enthalten. Die Personalräte an den Hochschulen und der Hauptpersonalrat am HMWK sind demokratisch gewählt und vertreten die Beschäftigten am Arbeitsplatz gegenüber dem Arbeitgeber. Seit 1999 wurden die Rechte der Personalvertretungen durch wiederholte Einschnitte in das HPVG immer weiter geschwächt. Der Gesetzentwurf wird jedoch nicht einmal der Minimalforderung der Personalräte und Gewerkschaften gerecht, diese Verschlechterungen rückgängig zu machen. Es braucht Schutz und Vertretung aller Beschäftigten durch Personalräte, auch an den Hochschulen.

Neben der Aufnahme der studentischen Beschäftigten in das HPVG müssen dringend Mitbestimmungslücken bei künstlerischen und wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen geschlossen werden. Die Personalratsarbeit ist in den letzten Jahren immer arbeitsaufwändiger geworden, ohne dass die Freistellungs-

regelungen angepasst wurden. Befristet Beschäftigte oder LfBA haben kaum eine Möglichkeit, sich in den Personalrat einzubringen: Die Lehrverpflichtungsverordnung sieht keine Reduzierung des Deputats für die Mitarbeit von LfBA und wissenschaftlichen Beschäftigten ohne Freistellung vor. Die Anzahl der Freistellungen ist begrenzt, so dass nur ein Teil der Kolleg:innen zeitlich von ihrer Arbeit real entlastet werden kann. Es braucht mehr Freistellungen für die örtlichen Personalräte und für den Hauptpersonalrat. Darüber hinaus ist es zwingend notwendig, nicht nur freigestellte Personalräte zu entlasten, sondern gerade bei der hohen Anzahl von befristet Beschäftigten und hoher Lehrbelastung neben Freistellungen auch Entlastungen im Lehrdeputat zu ermöglichen. Auch für Fachbereichsgremien, den Senat oder die Gleichstellung müssen Entlastungen bereit gestellt werden: Es braucht mehr Zeit für die demokratische Mitbestimmung an den Hochschulen!

Zeit für eine Entfristungsoffensive

„Das krasseste, was ich mal erlebt habe, ist, dass eine Freundin mal einen 3-Wochen-Vertrag hatte und nicht wusste, wie es danach weitergehen soll“, berichtete Linn Voß am 21. Oktober 2022 im Science Slam „Überforderte Wissenschaft“ des NDR. (Kurzlink zum Download: <https://bit.ly/3Wv2msc>)

Viele können sich nicht vorstellen, dass in der Wissenschaft über Jahre „Befristung“ das Dauerbrennerthema ist und sich trotz vermehrten Diskurses in der Öffentlichkeit in der Praxis wenig tut. Das bedeutet, dass die konkreten und individuellen Arbeitsbedingungen sich selten verändern. Wissenschaftliche Beschäftigte benötigen genug Zeit für die persönliche Qualifizierung und um unbezahlte Mehrarbeit zu verhindern, muss die Zwangsteilzeit an Universitäten beendet werden. Die Mehrarbeit entsteht inoffiziell, weil oft Labore dennoch auch am Wochenende betreut werden müssen oder aber ein Fachartikel oder Drittmittelantrag fertiggestellt werden muss. Gleichzeitig haben viele wissenschaftliche Beschäftigte nicht den Eindruck, sich dieser Mehrarbeit aufgrund der Befristung verwehren zu können, denn die direkten Vorgesetzten entscheiden am Ende auch über die weitere Perspektive an den Hochschulen. Zeitgleich verdichten sich die Arbeitsaufgaben wie gute Lehre, Drittmittelanträge, Fachartikel – gerne auch schon in der Promotionsphase zusätzlich zur eigenen Qualifikation, Beteiligung an der Selbstverwaltung und an der verstärkt eingeforderten Wissenschaftskommunikation. Die Befristung führt dazu, dass die Kolleg:innen versuchen, alles unterzubringen, damit es eine Perspektive für die eigene wissenschaftliche Karriere gibt.

Bisher sind Entfristungen unterhalb der Professur eher selten. Wenn überhaupt finden sie auf Hochdeputatsstellen oder im Wissenschaftsmanagement statt. Entfristung würde aber gleichzeitig für „Entlastung“ sorgen, denn die Kolleg:innen sind dann nicht im Dauerwettbewerb und im ständigen Bewerbungsmodus. Darüber hinaus entlastet Entfristung auch die Kolleg:innen im Verwaltungsapparat, da nicht ständig neue Personalmaßnahmen und neue Einarbeitungen stattfinden müssen. Das Hessische Hochschulgesetz und das Wissenschaftszeitvertragsgesetz ermöglichen Entfristungen: Hier könnte das Land Hessen eine Vorreiterrolle spielen.

Es ist Zeit, das Befristungsunwesen zu beenden!

Es ist Zeit für eine Entfristungsoffensive an den hessischen Hochschulen!

Wir können dafür gemeinsam Druck machen. Eine gute Gelegenheit ist der Beginn der im Tarifvertrag Hessen (TV-H) vereinbarten Gespräche der Gewerkschaften mit dem Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst über die Befristung am 17. Januar 2022. Wir brauchen Druck von Seiten der Beschäftigten über alle Statusgruppen hinweg und ein breites Bündnis für gute Arbeit an den Hochschulen. Wir können nicht mehr warten.

„Zeit für mehr Zeit – Zeit für gute Bildung“
ist das Motto der hessenweiten Kampagne
der GEW.

Du willst gemeinsam mit uns für mehr Zeit
an den Hochschulen kämpfen? Mach mit!



Aus LASS wird LAGS

Landesstudierendenausschuss benennt sich um

Aus dem Landesauschuss der Studentinnen und Studenten (kurz LASS), wird der Landesauschuss GEW-Studierende (kurz LAGS). Mit dieser kleinen, aber wichtigen Namensänderung wollen die Studierenden in der GEW Hessen auch nach außen hin symbolisieren, was ohnehin schon gilt: Die Studierenden in der GEW Hessen sind für alle da. Wir setzen uns ein für Studierende unabhängig von geschlechtlicher Zuordnung und ethnischer Herkunft. Ob gegen Rassismus oder für einen solidarischen Herbst, wir streiten für ein gutes Studium in Hessen.

Der nun neue LAGS ist die Stimme der Studierenden in der GEW Hessen. Wir nehmen Stellung zur und Einfluss auf die GEW-Politik in Vorstandssitzungen, machen direkt Politik für unsere studentischen Mitglieder, unterstützen diese Zeitung und planen spannende Veranstaltung.

Mach mit und werde ein Teil von uns: studierende@gew-hessen.de

Argumentationstraining gegen Stammtischparolen

Ob in der Schule, im Studium, privat oder am Arbeitsplatz – manchmal begegnen uns Kommiliton:innen, Arbeitskolleg:innen, Klient:innen und Eltern mit rassistischen und vorurteilsbeladenen Äußerungen. Wir sind in diesen Situationen manchmal so überrascht, dass es uns spontan die Sprache verschlägt. In diesem Training wollen wir uns stärken, schlagfertig und inhaltlich angemessen auf rechte Stammtischparolen zu reagieren. Wir wollen dich und uns in die Lage versetzen, verbal Grenzen aufzuzeigen und eventuell noch Unentschlossene zu erreichen. Von Geflüchteten über Corona bis zum Ukrainekrieg haben rechte Parolen Konjunktur. Wir wollen dem etwas entgegensetzen.

Das Training findet von 17 bis 20 Uhr in Präsenz statt und besteht aus einer kurzen, theoretischen Einführung und anschließendem Rhetoriktraining.

Situationen in pädagogischen Berufen und der Herausforderung im Umgang am Arbeitsplatz wird besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Die Teilnehmendenzahl ist jeweils auf max. 25 Personen begrenzt.

Die Teilnahme ist kostenfrei. Alle sind willkommen.

Es haben schon Trainings in Kassel, Fulda und Marburg stattgefunden.
Folgende Termine stehen noch an:

22. November 2022 Gießen

29. November 2022 Frankfurt

17. Januar 2023 Wiesbaden

31. Januar 2023 Hanau

Anmeldungen an: anmeldung@lea-bildung.de

Wissenschaft und gute Arbeit in Darmstadt

Zur Zukunft befristeter Tätigkeiten an der Technischen Universität

Donnerstag, 15. Dezember | 15 bis 17 Uhr
S2|08, Hörsaal 171, Standort Stadtmitte

Podiumsdiskussion mit:

Stefan Weisenseel | Vertreter des Kanzlers und Dezernatsleiter für Personal- und Rechtsangelegenheiten an der TU-Darmstadt

Dr. Andreas Keller, stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

Moderation

Alina Leimbach | Hessischer Rundfunk und freie Journalistin bei der taz

Die aktuelle Bundesregierung aus SPD, Grünen und FPD hat sich im Koalitionsvertrag auf Basis einer Evaluation die Novellierung des bundesweiten Befristungsrechtes an Hochschulen vorgenommen. Die rechtliche Grundlage für Befristungen an Hochschulen, das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (kurz WissZeitVG), steht zur Diskussion. Die GEW kritisiert seit Jahren die aus ihrer Sicht ausufernde Befristungspraxis der Hochschulen mit negativen Folgen für Beschäftigte und Studierende. Andere wiederum verteidigen die Befristungen als integralen Bestandteil wissenschaftlicher Qualifizierung und als zwangsläufige Folge projektbasierter Forschung. Auf dem Podium diskutieren Dr. Andreas Keller für die GEW und Stefan Weisenseel für die Technische Universität Darmstadt über die Ausgestaltung fairer und attraktiver Beschäftigungsverhältnisse der wissenschaftliche Mitarbeiter:innen.

Wortmeldungen aus dem Publikum sind ausdrücklich willkommen.

Onlineseminar zu Organizing

Wie Gewerkschaften mehr Mitglieder gewinnen

Donnerstag, 15. Dezember 2022 | 15 bis 18 Uhr

In diesem Seminar trainieren wir gemeinsam die gezielte und systematische Ansprache von Kolleginnen und Kollegen, um sie für unsere gewerkschaftliche Ziele zu gewinnen und zu aktivieren.

Ob im Sozial- und Erziehungsdienst, der Schule, der Hochschule oder Erwachsenen- und Weiterbildung möchten wir uns stärken, üben und konkrete Schritte in Auge fassen, vor Ort im eigenen Betrieb eine starke GEW-Basis aufzubauen und gemeinsam gewerkschaftlich handlungsfähig zu werden.

Die Seminarinhalte orientieren sich an gewerkschaftlichen Organizing-Ansätzen und richten sich sowohl alle Kolleg:innen, die gerne aktiv vor Ort werden wollen als auch an erfahrene GEW-Aktive.

Leitung: Tobias Cepok | Referent beim Landesverband der GEW Hessen, beschäftigt seit vielen Jahren mit Methoden der gezielten Mitgliedergewinnung

Anmeldungen an anmeldung@lea-bildung.de

Das verdienen Hilfskräfte an Hochschulen in Hessen

Wir haben aufgelistet, wo ihr als Hilfskraft wieviel verdient.

	Studentische Hilfskräfte	Studentische Hilfskräfte mit erstem Abschluss	Wissenschaftliche Hilfskräfte
	in Euro	in Euro	in Euro
Universität Kassel	12	13,09	17,47
Philipps-Universität Marburg	12	12,42	16,52
Justus-Liebig-Universität Gießen	12	12,93	16,29
Goethe-Universität Frankfurt	12	13	16,48
Technische Universität Darmstadt	12	13,50	16
Hochschule Darmstadt	12,50	15	
Frankfurt University	12	14	
HfMdk Frankfurt	12	13	15
HfG Offenbach	12	12	15
Städelschule	12	12	
Hochschule Rhein-Main (Stand 2021)	12	14	19
Hochschule Geisenheim	12	13,50	17,50
Technische Hochschule Mittelhessen	12	12	17,90
Hochschule Fulda	12,50	14,50	17,50

Anmerkung: Nicht inbegriffen sind gegebenenfalls die Zahlung von Weihnachtsgeld oder sonstigen Leistungen.

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft



MITGLIEDER WERBEN.
ÜBER PRÄMIEN FREUEN.

Mehr im Folder. Link zum Download:

[www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/GEW/
Leistungen/GEW-Praemienflyer.pdf](http://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/GEW/Leistungen/GEW-Praemienflyer.pdf)

Mach mit!
Werde jetzt Mitglied



Herausgeberin

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hessen
Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt
Tel. 069 – 971293 - 0

Redaktion und Mitarbeit

Tobias Cepok, Simone Claar, Etienne Fliegner, Finn Gölitzer,
Jenny Jörges, Henning Tauche und Cecilia Schweizer

Titelbild: Pressfoto, www.freepik.com

Grafik & Satz: Joyce Abrahams

Druck: www.druckerei-bender.de



Klimaneutral

Druckprodukt

ClimatePartner.com/10347-1812-1001



Ausgabe 30 | 2022

